



# NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID  
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 2  
14. Januar 2008

## Inhalt

- **Seite 1**
  - Sozialisten verschärfen ihre Angriffe auf Katholische Kirche
- **Seite 2**
  - PP will Familienministerium schaffen
- **Seite 3**
  - Spaniens Abtreibungskliniken streiken
  - ETA-Bombenleger des Anschlags auf Madrider Flughafen gefasst
- **Seite 4**
  - König Juan Carlos I. feiert 70. Geburtstag
  - Marokko entsendet wieder Botschafter nach Spanien
- **Seite 5**
  - Spanien und Frankreich wollen illegale Immigration gemeinsam bekämpfen
- **Seite 6**
  - Proteste gegen Textvorschlag für spanische Nationalhymne
  - Immer mehr Spanier lernen Portugiesisch
  - Portugal lässt Vertrag von Lissabon durch Parlament ratifizieren

## Newsletter aus Madrid

### >> Sozialisten verschärfen ihre Angriffe auf Katholische Kirche

Die Sozialistische Partei Spaniens kehrt im Wahlkampf immer deutlicher zu ihrer antikerikalen Tradition zurück – und ganz Spanien ist deshalb in Aufruhr. Seit der mit harten Attacken gegen die Familienpolitik der Regierung verbundenen kirchlichen Demonstration für die christliche Familie am 30. Dezember in Madrid kommt das Land nicht zur Ruhe. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein hoher PSOE-Vertreter die Katholische Kirche heftig kritisiert und die Presse jeglicher Couleur dieses Thema seitenlang ausgeschlachtet hätte. Mittlerweile richten sich die verbalen Angriffe der spanischen Sozialisten nicht nur auf die spanischen Bischöfe sondern auch direkt auf den Vatikan und Papst Benedikt XVI. (Foto). Nachdem dieser vergangene Woche vor dem diplomatischen Corps im Vatikan gewarnt hatte, in einigen Ländern gäbe es "beunruhigende Angriffe" auf die Familie und die Ehe zwischen Mann und Frau, forderte PSOE-Organisationssekretär José Blanco Benedikt XVI. auf, zu erklären, ob er auch wolle, dass Frauen "zu Hause bleiben" und ob er "gegen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt" sei. Einige Bischöfe sollten das "Evangelium nochmals lesen". Hätten sie es gründlich gelesen, so Blanco, würden sie nicht auf ihren Positionen beharren. Arbeitsminister Jesús Caldera glaubt, die Kritik der Bischöfe auf der Madrider „Plaza Colón“ etwa an den von der PSOE-Regierung erlassenen Gesetzen zu Homosexuellen-Ehe oder „Express-Scheidung“ stünden nicht repräsentativ für die „christliche Gemeinschaft“. Im Gegenteil sei die Kritik der „Bischöfe von Colón“ die Meinung einer „reaktionären Minderheit“. Der PSOE-Abgeordnete José Andrés Torres



(Foto) warf den Kardinälen vor, davon zu träumen, „die Sünde zu einem strafrechtlichen Delikt zu machen“ und die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega glaubt, die Kirche wolle der Gesellschaft ihre Moral aufzwingen. „Diese Gesellschaft braucht keine moralische Vormundschaft, genauso wenig wie sie diese Regierung braucht oder tolerieren wird“, so de la Vega. Ministerpräsident Zapatero wies darauf hin, dass die Kirchenkritik ausgerechnet zwischen „dem Fest der Geburt Christi“ und dem 6. Januar gekommen sei, zu einer Zeit also, in der „wir alle so glücklich“ waren. Die links orientierte Zeitung „Público“ berichtete unterdessen, Zapatero wolle in seinem Wahlprogramm gar eine Änderung des „Gesetzes zur Religionsfreiheit“ zur Stärkung des „Prinzips der Laizität“ einschließen. Über genaue Inhalte dieser angeblich geplanten Reform gab „Público“ jedoch keine Informationen.

PSOE-Medienberater Juan Luis Cebrián, der gleichzeitig Mitglied des Vorstandes der die Zeitung „El País“ herausgebenden PRISA-Medienkonzerns ist, goss weiteres Öl ins Feuer. In der Zeitung „El País“ forderte er in einem ganzseitigen Namensartikel einen „radikalen Laizismus“ und eine „totale Trennung“ zwischen Staat und „jeglicher Form von religiöser Konfession“. Eine solcher „radikaler Laizismus“ müsste sich in einer Abwesenheit jeglicher katholischer Symbolik bei Staatsakten äußern. So dürfe etwa bei Staatsbegräbnissen keinerlei Mitwirkung der Katholischen Kirche erlaubt sein. Derartige Forderungen waren in der Vergangenheit auch immer wieder aus Teilen der PSOE zu vernehmen gewesen.



## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 2 |

14. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Die konservative PP kritisierte den wieder gefundenen Antiklerikalismus der PSOE. Die Abgeordnete Maria Salom (Foto) warnte im Kongress davor, die PSOE wolle den Spaniern einen „verpflichtenden Laizismus“ aufzwingen. Die PSOE habe sich für den „Radikalismus“ entschieden, weshalb es nur natürlich sei, dass sich die „Demokratie wehre“. Gleichzeitig warf die PP den Sozialisten vor, mit ihren antiklerikalen Attacken ihr „Scheitern in den vergangenen vier Regierungsjahren“ überdecken zu wollen. Es sei bezeichnend, dass ausgerechnet jetzt, wo die Wirtschaftsdaten schlecht seien, die Sozialisten die Debatte über die Rolle der Kirche vom Zaum brächen. PP-Chef Mariano Rajoy klagte die PSOE an, die „Auseinandersetzung mit der Kirche“ zu suchen. Gleichzeitig erklärte der PP-Spitzenkandidat jedoch, er wolle nicht „alle Gesetze“ der PSOE rückgängig machen und verneinte „wesentliche Veränderungen“ am Gesetz zur „Express-Scheidung“. Auch das Abtreibungsrecht will er nicht verändern. Allerdings ließ er die Tür zu einer Rücknahme der Homosexuellen-Ehe mit Adoptionsrecht offen und verwies auf eine diesbezügliche Klage seiner Partei vor dem Verfassungsgericht.



Auch die katalanische, liberal-konservative CiU kritisierte die PSOE für ihren Konfrontationskurs gegenüber der Kirche. Der Abgeordnete Jordi Xutla warf der Regierung vor, falsche Prioritäten zu setzen: „Das was die Menschen wirklich interessiert, ist das Steigen der Brotpreise um 25 Prozent und nicht, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie die Engel Sex haben“.

### >> PP will Familienministerium schaffen

Das Wahlprogramm der spanischen Volkspartei nimmt immer deutlicher Gestalt an. PP-Chef Mariano Rajoy kündigte jetzt für den Fall eines Wahlsiegs am 9. März die Einrichtung eines „Ministeriums für Familie und soziales Wohlergehen“ an. Das Ministerium solle „die Familienpolitik der gesamten Regierung definieren, vorantreiben und koordinieren“, so Rajoy. Die Familie sei der „Baustein der Gesellschaft“ und müsse deshalb gefördert und geschützt werden. Die Familie „ist der Ort, in dem wir aufwachsen,

wo wir leben, wo wir die Grundlagen lernen und wo wir Werte vermittelt bekommen“, so der PP-Chef. Rajoy versprach deshalb ein „umfassendes Gesetz zur Unterstützung der Familien“, das den Artikel 39 der spanischen Verfassung in die Tat umsetzen soll. Dieser Artikel legt fest, dass die staatlichen Institutionen den sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz der Familien sicherstellen müsse. Rajoy versprach, die Hilfen für die Familien auf ein ähnliches Level zu bringen, wie dies in anderen europäischen Ländern der Fall sei. Der oppositionelle Spitzenkandidat verwies jedoch gleichzeitig darauf, dass eine gute Sozialpolitik nur dann möglich sei, wenn auch eine angemessene Wirtschaftspolitik angewandt werde. Deshalb wolle die PP die Wirtschaftspolitik zur „obersten Priorität“ ihrer Regierung machen.



Kritik an dem geplanten Familienministerium kam von der oppositionellen PSOE. Das PSOE-Vorstandsmitglied Elena Valenciano erklärte, Rajoy müsse „wenig Ideen für die Familien“ haben, wenn das Einzige, was ihm einfallen würde, die Schaffung eines neuen Ministeriums sei. Gleichzeitig klagte sie Rajoy der „Scheinheiligkeit“ an. In acht Jahren PP-Regierung sei die Regierung unter José María Aznar hinsichtlich der Familien tatenlos gewesen. Im Gegenteil habe sich Rajoy selbst in seiner Zeit als Innenminister dafür eingesetzt, das von Aznars Vorgänger Felipe González eingerichtete Sozialministerium abzuschaffen. Keine andere Regierung in Spanien habe bisher so viel für die Familien getan, wie die von Ministerpräsident Zapatero.



Valenciano (Foto) warf dem PP-Chef vor, mit seinem neuen Ministerium nur eine Möglichkeit zu suchen, um die Homosexuellen-Ehe anzugreifen. Damit stellte die Politikerin eine Verbindung der PP-Vorschläge zum Protest der katholischen Kirche gegen Zapateros Familienpolitik her. Auch die links orientierte Zeitung „El País“ glaubt, Rajoy wolle mit dieser Maßnahme lediglich die katholischen Wähler mobilisieren. Noch schärfere Worte benutzt die linke Online-Zeitung „El Plural“. Sie titelt: „Rajoy schenkt der Katholischen Kirche das Familienministerium“.

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 2 |

14. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Trotz aller Polemik erkennt die spanische Politik immer mehr die Bedeutung der Familienpolitik. Immer noch befindet sich das Land sowohl was die Geburtenrate als auch was die Unterstützung für Familien betrifft, am unteren Ende der westlichen EU. Allerdings scheint es, als habe die Politik diese Schiefelage mittlerweile parteiübergreifend erkannt. Über die Art und Weise, wie Familienpolitik allerdings auszusehen hat, könnten die Meinungen kaum unterschiedlicher sein.



### >> Spaniens Abtreibungskliniken streiken

Der durch das Aufdecken einer illegalen Abtreibungspraxis in Barcelona ausgelöste Skandal geht unvermindert weiter. Jetzt sind die spanischen Abtreibungskliniken aus Protest gegen den „Druck und die Verfolgung“, denen sie sich in den letzten Wochen ausgesetzt sehen, in einen einwöchigen Streik getreten. In Barcelona und Madrid waren in den vergangenen Wochen die Kontrollen in Abtreibungszentren verschärft worden. Dies hatte mehrere Festnahmen und die Schließung einiger Abtreibungskliniken wegen Unregelmäßigkeiten wie etwa der Anstellung medizinisch nicht qualifizierten Personals oder Urkundenfälschung zur Folge. Der Verband der Abtreibungskliniken ACAI protestierte, die Kontrollen der letzten Wochen seien „beleidigend gewesen“.

Insgesamt verhinderte der Streik in der vergangenen Woche nach Schätzungen der Tageszeitung „El País“ 2000 Schwangerschaftsabbrüche. „Pro-Life“-Gruppen zeigten sich begeistert von dem Ausstand und forderten, diesen auf „das ganze Jahr“ auszuweiten, wie die katholisch-konservative Tageszeitung ABC berichtet. Das Blatt beklagt zudem, die Abtreibungszentren versuchten mit dem Streik, sich zu „Opfern“ zu machen.



Unterdessen hat das spanische Gesundheitsministerium die offiziellen Abtreibungsdaten für das Jahr 2006 bekannt gegeben. Demnach ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche erstmals über die symbolische Zahl von 100.000 gestiegen. Nach offiziellen Angaben endeten im Jahr 2006 101.592 Schwangerschaften durch eine Abtreibung. Dies sind 10,83 Pro-

zent mehr als noch im Jahr 2005 und rund doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Besonders stark zugenommen hat die Anzahl der Ausländerinnen, die in Spanien einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen. Insgesamt trieben 2006 3.383 Ausländerinnen in Spanien ab, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 29 Prozent bedeutet. Eine von zehn dieser Frauen hatte zum Zeitpunkt der Abtreibung das achtzehnte Lebensjahr noch nicht beendet. Mit 49,14 Prozent hatte die Schwangerschaft von fast der Hälfte der betroffenen Ausländerinnen bereits die 12. Schwangerschaftswoche überschritten. Bei den Spanierinnen lag dieser Wert „nur“ bei 10,66 Prozent.

Rund die Hälfte aller in Spanien vorgenommenen Abtreibungen geschah laut offiziellen Angaben bei Frauen im Alter zwischen 20 und 29. In 96,98 Prozent der Fälle sei der Grund eine „Gefahr für die physische oder psychische Gesundheit der Frau“. In diesem Fall ist die Abtreibung in Spanien grundsätzlich und ohne Fristenregelung möglich.

### >> ETA-Bombenleger des Anschlags auf Madrider Flughafen gefasst

Der spanischen Polizei ist ein wichtiger Schlag im Kampf gegen den ETA-Terrorismus gelungen. Zwei am letzten Wochenende im baskischen Mondragón festgenommene Terroristen entpuppten sich als die Bombenleger des tödlichen ETA-Anschlags auf den Flughafen Madrid-Barajas vom 30. Dezember 2006 (Foto). Bei dem Attentat waren damals in einem Parkhaus zwei ecuadorianische Einwanderer ums Leben gekommen.



Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba (PSOE) erklärte, die beiden hätten ihre unmittelbare Beteiligung an dem Anschlag zugegeben. Ein weiterer direkt an dem Attentat Beteiligten sei weiterhin flüchtig, so der Innenminister. Die jüngsten Festnahmen wertete Rubalcaba als „wichtigen Fortschritt“ im Antiterrorkampf. Die Terrorzelle „Elurra“ (Baskisch: „Schnee“), der die beiden Verhafteten angehörten, habe aus insgesamt vier Männern bestanden und sei 2002 gegründet worden. Nach den Worten des Innenministers habe sich „Elurra“ zunächst auf den Transport anderer ETA-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 2 |

14. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Terroristen beschränkt. Ab dem Jahr 2004 sei sie mit dem Transport von Waffen und Sprengstoff und deren Verteilung unter anderen Terrorzellen beauftragt worden. Ab 2005 habe sich die Zelle als „Ausführerin von allem“ betätigt, so der Minister. Neben dem tödlichen Anschlag in Barajas seien auch der Anschlag auf eine Diskothek in Navarra im Dezember 2005 sowie der gescheiterte Anschlag in Castellón vom letzten August auf das Konto von „Elurra“ gegangen. Wie das Innenministerium mitteilte, ist es möglich, dass die Polizei mit der Festnahme einen anderen Großanschlag verhindern konnte. So habe einer der Terroristen Pläne zugegeben, im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 9. März eine



Autobombe in einem Parkhaus in der Nähe des Madrider Fußballstadiums „Santiago Bernabeu“ detonieren zu lassen. Die Gruppe habe zudem den Auftrag gehabt, eine Autobombe nach Castellón zu transportieren.

Die durch die Festnahmen bekannt gewordenen Details zeigen, dass die ETA weiter sehr aktiv ist und Anschläge plant. Terrorexperten befürchten, dass die Terrororganisation beabsichtigt, durch einen Anschlag in den anstehenden Wahlkampf einzugreifen.

### >> König Juan Carlos I. feiert 70. Geburtstag

Am 5. Januar wurde der spanische König Juan Carlos I. (Foto) 70 Jahre alt. Die Feiern dieses Geburtstages zogen sich über die letzten eineinhalb Wochen hin. Dabei ging es um weit mehr als nur um die Person des Königs.



Juan Carlos I. steht auch sinnbildlich für die spanische „Transición“, den Übergang vom Franco-Regime in eine moderne und weltoffene Demokratie. Dementsprechend erhielt Juan Carlos I. auch Glückwünsche und Lob aus allen Sektoren der spanischen Gesellschaft sowie Anerkennung aus fast allen politischen Lagern.

Am Abend des 9. Januar gab der Monarch in seinem Amtssitz „Palacio de la Zarzuela“ ein Gala-Abendessen, an dem rund 500 geladene Gäste teil-



nahmen. Dabei bekräftigte Juan Carlos I., er habe „immer der König aller Spanier“ sein wollen und erinnerte damit an den Vorschlag, den er sich bei seinem Amtsantritt vor 32 Jahren gemacht hatte. Es sei jedoch das spanische Volk gewesen, das dazu beigetragen habe, dass es auch so gekommen sei. An die Gäste gewandt erklärte Juan Carlos I.: „Ohne Euch, ohne Eure Loyalität, Eure Arbeit und Euren Willen, eine stabile, feste und fortschrittliche Demokratie aufzubauen, hätte Spanien nicht die spektakuläre Modernisierung erreicht, die wir erlebt haben“. Auch gedachte er der Opfer des politischen Terrorismus.



Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) hob die Rolle des Königs im Prozess des Übergangs Spaniens zur Demokratie hervor und dankte ihm für seinen „außerordentlichen Beitrag“ beim Aufbau des modernen Spanien.

Unter den Teilnehmern am Abendessen stachen besonders die drei ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Leopoldo Calvo-Sotelo, José María Aznar und Felipe González hervor. Auch Oppositionsführer Mariano Rajoy war zugegen. Alle Väter und Mütter der spanischen Verfassung von 1978 nahmen – soweit noch am Leben – genauso wie Vertreter von Kirchen, Verbänden und Gewerkschaften ebenfalls an der Feier teil. Selbst der für seine Unabhängigkeitsbestrebungen bekannte Regionalpräsident des Baskenlandes, Juan José Ibarretxe, wohnte dem Gala-Essen bei. Die einzigen politischen Kräfte, die dem Akt fernblieben, waren die kommunistische „Vereinigte Linke“, der linksnationalistische Block Galicischer Nationalisten (BNG) und die katalanischen Linksnationalisten (ERC). IU-Chef Gaspar Llamazares erklärte, das Abendessen sei ein „Akt der Verherrlichung der Monarchie“, den seine Partei nicht unterstützen könne. Die IU bleibe bei ihrem Standpunkt, dass Monarchie und republikanische Ideale nicht zu vereinbaren seien.

Abgesehen davon feierte ganz Spanien über Ideologiegrenzen hinweg König Juan Carlos I. Unter den vielen Glückwünschen stach eine Mitteilung der Antiterror-Bürgerbewegung „Foro Ermua“ hervor. Das Forum beglückwünschte den König gleichermaßen zu





## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 2 |

14. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

seinem Geburtstag, seiner eindeutigen Haltung im Antiterrorkampf und seiner „Unterstützung der Opfer des Terrorismus“.

### >> Marokko entsendet wieder Botschafter nach Spanien

Der seit Monaten schwelende diplomatische Streit zwischen Spanien und Marokko ist offiziell beigelegt worden. In der vergangenen Woche kehrte der marokkanische Botschafter Omar Azziman nach Madrid zurück. Der Botschafter war am 2. November 2007 von der marokkanischen Regierung zurückbeordert worden. Grund hierfür war die Verstimmung Marokkos über den Besuch des spanischen Königs Juan Carlos I. in den zu Spanien gehörenden nordafrikanischen Ex-



klaven Ceuta und Melilla, die von Marokko als „besetzte Territorien“ betrachtet werden. Der Besuch des Königs war in

Marokko als „offene Provokation“ seitens Spaniens aufgefasst worden. Bei einem Treffern des spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos (PSOE) mit seinem marokkanischen Amtskollegen Taieb Fasi Fihri am 3. Januar in Rabat wurde ein Schreiben des spanischen Regierungschefs José Luis Rodríguez Zapatero an den marokkanischen König Mohamed VI. (Foto)



überreicht. In diesem Schreiben machte Zapatero auf die gemeinsam erzielten Fortschritte

in den Bereichen Fischerei, Migration, Antiterrorpolitik und Wirtschaft aufmerksam. Die diplomatische Krise habe das bilaterale Verhältnis nur an der Oberfläche gestört, tatsächlich gingen die Beziehungen auch während dieser Krise weiter. Weder Spanien noch Marokko seien an einer Konfrontation interessiert.

Trotz der Rückkehr des Botschafters dürfte auch die Normalisierung der bilateralen diplomatischen Beziehungen an dem generellen Disput um Ceuta und Melilla nicht viel ändern. Spanien lehnt nach wie vor jegliche Verhandlungen über den Status der beiden autonomen Städte ab. Es bleibt deshalb abzuwarten, als wie nachhaltig sich die diplomatische Entspannung erweisen wird. Der Universitätsprofessor Miguel Hernando de Larramendi vermutet in einem Gastkommentar für die Zeitung „La Vanguardia“,

dass Ministerpräsident Zapatero versuchen werde, die Rückkehr des Botschafters im Wahlkampf als außenpolitischen Erfolg zu verkaufen.

### >> Spanien und Frankreich wollen illegale Immigration gemeinsam bekämpfen

Neben der Schaffung gemeinsamer Polizeieinheiten im Kampf gegen die Terrororganisation ETA brachte der XX. französisch-spanische Gipfel in Paris ein weiteres konkretes Ergebnis: Frankreich und Spanien wollen künftig ihre Maßnahmen gegen die illegale Immigration koordinieren. In einem von Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) unterschriebenen Abkommen wird dabei auch die „Möglichkeit gemeinsamer



Abschiebungen“ verankert. So sollen künftig verstärkt gemeinsame Flugzeuge für sich illegal in Frankreich und Spanien aufhaltende Ausländer gechartert und diese mit binationalen Sicherheitstrupps bestückt werden. Noch im Jahr 2005 war der damalige Innenminister Sarkozy einer der schärfsten Kritiker der von der Zapatero-Regierung durchgeführten Legalisierung von mehreren Hunderttausend illegalen Immigranten gewesen. Man habe lange über das Thema gesprochen, so die beiden Politiker. Die früheren „Missverständnisse“ seien mittlerweile ausgeräumt und deshalb könne man bei dem Thema jetzt für die Zukunft zusammenarbeiten.

Im Jahr 2007 ist die Zahl der illegalen Immigranten in Spanien im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Dies geht aus dem Jahresbericht des spanischen Innenministeriums zur illegalen Immigration hervor. Im Jahr 2006 waren demnach noch 39.180 Menschen illegal



nach Spanien eingewandert, im Jahr 2007 sank diese Zahl auf 18.057. Während aus Spanien 2006 noch 7.214 illegale Immigranten abgeschoben wurden, nahm die Anzahl der Abgeschobenen im Folgejahr um 31,2 Prozent auf 9.467 Menschen zu.

Es ist möglich, dass die regierende PSOE das Migrationsthema als Wahlkampfthema aufgreifen wird und die für sie günstigeren

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 2 |

14. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Zahlen als Erfolg der Regierungsarbeit der PSOE verkaufen wird. Schließlich sei unter der PSOE die europäische Grenztruppe im Atlantik und im Mittelmeer (Frontex) zum Einsatz gekommen.

### >> Proteste gegen Textvorschlag für spanische Nationalhymne



Der Vorschlag eines Textes für die bisher textlose spanische Hymne „Königlicher Marsch“ hat in Spanien erste Proteste ausgelöst. Nach einem langen Auswahlverfahren hatte die mit der Ausarbeitung eines Textes für die spanische Nationalhymne beauftragte Kommission sich unter allen Vorschlägen für den Text eines 52jährigen Arbeitslosen entschieden. Dieser lautet übersetzt folgendermaßen:

*Es lebe Spanien!  
Singen wir alle gemeinsam  
Mit verschiedenen Stimmen  
Und einem einzigen Herz*

*Es lebe Spanien!  
Von den grünen Tälern  
Bis zum unermesslichen Meer  
Ein Hymnus der Brüderlichkeit*

*Liebe dein Vaterland  
Denn es kann vereinen  
Unter seinem blauen Himmel  
Freie Völker*

*Ruhm den Söhnen  
Die der Geschichte verleihen  
Gerechtigkeit und Größe  
Demokratie und Frieden*

Trotz aller in dem Text deutlich werdenden Bemühen um politische Korrektheit gefällt der Vorschlag weder der Mehrheit der spanischen Bevölkerung, noch der Presse, noch der Politik. Spontane Umfragen ergaben, dass bis zu drei Viertel der Spanier die neuen Strophen ablehnten. Die größte spanische Sportzeitung „Marca“ nannte den Text eine zum Scheitern verurteilte „Totgeburt“. Verteidigungsminister José Antonio Alonso bemerkte, wenn man schon einen Hymnentext verfasse, müsse man dies wenigstens vernünftig tun. Die ehemalige Kul-

tusministerin Carmen Calvo (PSOE) kritisierte die ihrer Meinung nach antiquierte Sprache, die nichts mit dem modernen Spanien zu tun habe. Auch der Chef der kommunistischen Vereinigten Linken (IU), Gaspar Llamazares, schloss sich dieser Kritik an und fühlt sich durch den Text an alte Zeiten erinnert: „Das wirkt wie eine Hymne aus der Vergangenheit“, so Llamazares. In der Presse kam der Vorwurf auf, der Text erinnere an einen nicht-offiziellen Hymnentext, der im Jahr 1927 für den ehemaligen Diktator Spaniens, Miguel Primo de Rivera, verfasst und in abgewandelter Form auch von der Franco-Diktatur benutzt wurde.

Aber auch aus konservativen Kreisen wurde Kritik laut. Insbesondere bemängelte man dabei die Nicht-Erwähnung der spanischen Monarchie und der Flagge. PP-Chef Mariano Rajoy hatte eine solche Referenz im Vorfeld immer wieder gefordert. Einzelne Stimmen meldeten sich jedoch auch zur Verteidigung des Hymnentextes. So hält der stellvertretende PP-Fraktionsvorsitzende Jorge Fernández Díaz den Text für „nicht schlecht“. Allerdings wies er darauf hin, dass zu einer Einführung der Strophen ein „großer Konsens“ zwischen PP und PSOE nötig sei.

Die Initiative für einen Nationalhymnentext war auf das Nationale Olympische Komitee zurückgegangen, welches gefordert hatte, die Hymne mit Worten zu versehen. So sollen die spanischen Sportler bei internationalen Wettkämpfen ihre Hymne auch singen können. Offiziell sollen diese Strophen am 21. Januar bei einer Gala vorgestellt werden. Interpretieren wird sie dabei der in Madrid geborene spanische Star-Tenor Plácido Domingo. Anschließend will das Nationale Olympische Komitee eine Unterschriftenaktion für den Text veranstalten. Um eine entsprechende Gesetzesinitiative in das Parlament einzubringen, werden 500.000 Unterschriften benötigt. Anschließend muss das Parlament dem Text zustimmen.

### >> Immer mehr Spanier lernen Portugiesisch



Nach Angaben der portugiesischen Botschaft in Madrid lernen inzwischen mehr als 40.000 Spanierinnen und Spanier Portugiesisch. Allein an Volkshochschulen gebe es 10.642 Portugiesisch-Studenten, von denen 80 Pro-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 2 |

14. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

## Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
 Auslandsbüro Madrid  
 V.i.S.d.P: Michael Däumer  
 Redaktion: Michael Däumer/  
 Sebastian Grundberger/ Oliver  
 Krumme  
 Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
 28046 Madrid, Spanien  
 Tel: (+34) 91 579 61 86  
 Fax: (+34) 91 571 86 12  
 Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
 Web: [www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

zent Spanier und 20 Prozent Kinder portugiesischer Migranten seien. In den Großstädten Madrid und Barcelona sei das Interesse an Portugiesisch besonders hoch, so der portugiesische Botschafter in Madrid, José Filipe Moraes Cabral. Nach Botschaftsangaben ist die Bedeutung der portugiesischen Sprache in Spanien stetig gewachsen, auch wenn diese bei weitem noch nicht dasselbe Level erreicht habe wie Französisch, Deutsch oder Italienisch. Vor allem in Extremadura, Madrid, Zaragoza und Katalonien wollen Schüler vermehrt Portugiesisch als zweite Fremdsprache lernen. In der an Portugal grenzenden Region Extremadura gibt es bereits eine bilinguale Schule und auch an anderen Schulen soll Portugiesisch verstärkt als Fach angeboten werden.

### >> Portugal lässt Vertrag von Lissabon durch Parlament ratifizieren

Ein Machtwort von Ministerpräsident José Sócrates (Foto) beendete vorerst den seit Wochen schwelenden Streit über die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon in Portugal. In einer Plenarsitzung des Parlamentes in Lissabon bekräftigte der Ministerpräsident, das portugiesische Parlament werde den von ihm als „historisch“ angesehenen Vertrag ratifizieren. Forderungen nach einer Volksabstimmung erteilte er damit eine deutliche Absage.

Die vergangenen Wochen waren in Portugal durch laute Forderungen nach einem derartigen Referendum geprägt gewesen. So war es bereits kurz vor der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon zu einem Eklat im Europaparlament gekommen, als die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) José Sócrates dazu aufforderte, den Reformvertrag per Referendum ratifizieren zu lassen. Unter der Führung einiger portugiesischer Abgeordneter des „Linksblock“ (BE) und der Kommunistischen Partei Portugals (PCE) wurde während einer Rede des portugiesischen Ministerpräsidenten lautstark und unter Pfiffen nach einer Volksabstimmung verlangt. Portugiesische Politiker trugen T-Shirts mit der Aufschrift „Referendo“. Auch die Jugendorganisation der Sozialistischen Partei Portugals hielt – gegen die Linie der Parteiführung – an der Forderung nach einer Volksabstimmung fest.

Derartige Forderungen beschränkten sich nicht auf allein links orientierte Politiker. Die eher marginale, christdemokratisch-konservative portugiesische Volkspartei CDS-PP, die den Euroskeptikern angehört, forderte ebenfalls ein Referendum. Parteichef Paulo Portas unterstrich, seine Partei halte mit dieser Forderung an einem Wahlversprechen fest. Der Chef der größten portugiesischen Oppositionspartei, Luis Filipe Menezes (Foto), hingegen zeigte sich mit der Ratifizierung des Vertrags durch das portugiesische Parlament einverstanden. Allerdings stieß der konservative Politiker dabei auf parteiinternen Widerstand. So erklärte der PSD-Politiker und Regionalpräsident von Madeira, Alberto João Jardim, es sei ein „Irrtum“, zu dem neuen Vertragswerk nicht das Volk zu befragen. Derartige abweichende Meinungen in seiner Partei hält Menezes für „normal“. Schließlich sei man ja eine demokratische Partei.

